

Monatsbericht über die Entwicklung in POLEN

Mai 1960

A.	<u>Innere Entwicklung</u>	Seite: 1
	I) <u>Politische Ereignisse</u>	1
	1) Führungskrise in Polen?	1
	2) Führer der PAX-Organisation fühlen sich stark	3
	3) Zu leicht entzündbar	4
	4) Die Kulisse eines Bündnisses	6
	5) Wissenschaft im Dienst des Staates	7
	II) <u>Wirtschaft</u>	9
	1) Arbeitsbeschaffung für Millionen	9
	2) Westgebiete	10
	3) Seewirtschaft Polens	14
	4) Tag des Hüttenwerkers	14
	III) <u>Kulturelle und soziale Probleme</u>	16
	1) Polnische Presse in Zahlen	16
	2) Technisches Hochschulstudium in einem Produktionsbetrieb	16
	3) Unverständliche Nachsicht	17
B.	<u>Polen und Ausland</u>	19
	Neue internationale Spannung kommt Polen sehr ungelegen	19

A. INNERE ENTWICKLUNG

I. Politische Ereignisse

1) Führungskrise in Polen?

In der bewegten Zeit der Stalinisierung in allen volksdemokratischen Ländern erwies sich die polnische Parteiführung stabiler als in den übrigen Satellitenländern. Mitte 1948 wurden zwar GOMULKA und seine Anhänger ausgebootet, aber das im Dezember 1948 aufgestellte Politbüro der neuen Vereinigten Arbeiterpartei bestand in fast unveränderter Zusammensetzung bis zum Frühjahr 1956. Der Tod des Parteiführers BIERUT erfolgte unmittelbar nach dem XX. Parteitag in Moskau. Die Beendigung der stalinistischen Ära erhielt auf diese Weise in Polen einen besonderen Stempel.

Schon ein paar Wochen nach BIERUTs Tod verschwanden aus Regierung und Politbüro zwei der am stärksten kompromittierten Stalinisten: Jozef BERMAN, die "graue Eminenz", den manche für den einflußreichsten Mann in Polen gehalten haben und der Chef der Sicherheitspolizei - Stanislaw RADKIEWICZ. Weitere folgten ihnen am Tage der Rückkehr GOMULKAs im Oktober 1956.

Von 15 Mitgliedern des alten Politbüros sind nur fünf im neuen, nach dem Oktoberumschwung entstandenen Politbüro geblieben: Der Premier CYRANKIEWICZ, OCHAB (zwischen Frühjahr und Herbst 1956 Parteichef), ZAWADZKI, (nominelles Staatsoberhaupt), ZAMBROWSKI und RAPACKI. CYRANKIEWICZ, OCHAB und ZAMBROWSKI gelten nach GOMULKA als einflußreichste Parteiführer.

Die neue Führung unter GOMULKA erwies sich als weniger stabil. Schon nach drei Jahren, im Oktober 1959, kam es zur ersten größeren Führungskrise. Damals mußte das jüngste Mitglied des höchsten Parteigremiums - Jerzy MORAWSKI, ausscheiden. Nicht nur Kritik an der Richtigkeit der von ihm geleiteten Kulturpolitik der Partei, sondern auch persönliche Differenzen mit GOMULKA sollen für MORAWSKIs Rücktritt ausschlaggebend gewesen sein, ebenso wie für die Entlassung des ZK-Sekretärs Jerzy ALBRECHT im April 1960.

In der letzten Zeit nennt man wieder zwei Namen von Funktionären, die nach GOMULKA zu den prominentesten Parteimitgliedern gehören: ZAMBROWSKI und OCHAB. Man rechnet in Warschau damit, daß beide in absehbarer Zeit aus dem politischen Leben völlig verschwinden werden. Die Gründe ihres möglichen Ausscheidens sind nicht politischer, sondern gesundheitlicher Natur, aber die Konsequenzen würden von hoher politischer Bedeutung sein.

ZAMBROWSKI leidet an einem stark fortgeschrittenen Darmkrebs und nach Meinung der Ärzte sind seine Tage gezählt. Bei OCHAB handelt es sich um eine komplizierte Augenkrankheit, verbunden mit der Gefahr einer völligen Erblindung. Sollten die beiden durch ihre Krankheit gezwungen sein, ihre politische Tätigkeit vollständig einzustellen, so würde das bedeuten, daß die einzigen Parteiführer neben GOMULKA, die eine eigene Machtposition in der Partei innehaben, von der politischen Bühne verschwinden. Ministerpräsident CYRANKIEWICZ gehört wohl auch zu den einflußreichsten Männern des Regimes, aber seine Machtposition stützt sich hauptsächlich auf den Regierungsapparat und nicht auf die Partei, in der er immer nur die Position eines Außenseiters innehatte.

Der eigentliche Machtbereich OCHABs und ZAMBROWSKIs liegt dagegen ausschließlich in der Partei. ZAMBROWSKI stand immer auf dem rechten Flügel der GOMULKA-Koalition und gab seinen Namen einer Gruppe von Kommunisten, die sich GOMULKA im Oktober 1956 angeschlossen, aber gleich ihre starken Bedenken gegen die ursprüngliche Oktoberlinie angemeldet haben. Das Programm der ZAMBROWSKI-Gruppe wurde später von GOMULKA im Zuge einer langsamen Abkehr von der ersten Oktoberlinie praktisch übernommen und im wesentlichen verwirklicht. ZAMBROWSKI sah im Oktoberumschwung ein abenteuerliches Experiment. Ihm schwebte die Rolle einer Sicherheitsbremse und im Notfalle eines Retters der Partei vor. Die Taktik GOMULKAs zwang ihn zur Aufgabe dieser ehrgeizigen Pläne, nichtsdestoweniger verfügt ZAMBROWSKI, gestützt auf den Parteiapparat, über eine beachtliche Machtposition.

Edward OCHAB besitzt keine eigene Fraktion im ZK der Partei. Seine Stärke liegt in seiner hohen Autorität, die er unter allen ZK-Mitgliedern besitzt und in der intimen Kenntnis der Arbeit des Parteisekretariats. Wie gesagt, er und ZAMBROWSKI sind die einzigsten selbständigen Faktoren in der Parteiführung neben dem Parteichef GOMULKA. Ihr Ausscheiden würde GOMULKAs Position verstärken, weil er dann keine Partner, sondern nur Untergebene in der Parteispitze hätte. Auch die ZAMBROWSKI-Gruppe würde dann aufhören zu existieren - so ist die Meinung, die in den politischen Kreisen Warschaws überwiegt - weil es dort keinen Nachfolger ZAMBROWSKIs gibt.

Die Folgen einer Umgruppierung nach dem möglichen Ausscheiden ZAMBROWSKIs und OCHABs werden von vielen in Warschau mit Besorgnis betrachtet. GOMULKA hat im Laufe der letzten Jahre immer mehr bewiesen, daß er solche Mitarbeiter am meisten schätzt, die keine eigene, von der seinen abweichenden Meinung haben und äußern. Man fürchtet in Warschau, daß dann bald um GOMULKA herum eine Clique von beschränkten Liebedienern entstehen wird. In

den Kreisen, die GOMULKA eine wohlwollende Kritik entgegenbringen, vor allem unter den Intellektuellen in und außerhalb der Partei, ist man aber fest davon überzeugt, daß sich Polen in seiner komplizierten und delikatsten Lage eine solche Clique an der Spitze von Partei und Regierung weniger als jedes andere Land leisten kann.

2) Führer der PAX-Organisation fühlen sich stark

Die Gruppe der sogen. "fortschrittlichen Katholiken", die unter der Firma "PAX-Organisation" auftreten, durfte nach dem Kriege Dank der Protektion und Unterstützung des sowjetischen NKWD entstehen und wirken. Den Kern dieser Organisation bildet eine kleine Gruppe radikaler Studenten, die vor dem Kriege auf den Universitäten Polens gegen "Juden und Marxisten" randalierten, aber zum Kriegsende eine unerwartete Allianz mit der sowjetischen politischen Polizei schloß. Dies gab der PAX-Gruppe Sonderstellung. Auch in der Zeit der Stalinisierung und damit verbundenen Verfolgungen ist keinem Menschen, der von der PAX protegirt wurde, ein Haar gekrümmt worden. Von den meisten als sowjetische Agentur gehaßt, besaß PAX aber auch einen Kreis von Anhängern, die vor dem Kriege zu den prominenten Antikommunisten zählten und nach dem Kriege nur Dank ihrer PAX-Mitgliedschaft existieren konnten.

an der Spitze der PAX-Organisation steht der ehemalige "Führer" der national-radikalen Studentengruppe. "Falanga" PIASECKI. Der Aufstieg und die jetzige starke Position der fortschrittlichen Katholiken kann wohl hauptsächlich als Verdienst dieses Mannes betrachtet werden, dem sowohl vom Freund als auch vom Gegner hervorragende Intelligenz, taktische Geschicklichkeit und genaue Orientierung in allen polnischen Problemen zugegeben wird.

GOMULKA konnte sich im Oktober nicht entschliessen, dem sowjetischen Protegee PIASECKI die Grundlage für sein Wirken zu entziehen. Diese Grundlage bilden zahlreiche, auf genossenschaftlicher Basis aufgebaute Handels- und industrielle Produktionsbetriebe. Heute denkt auch GOMULKA nicht daran die PAX-Gruppe zu liquidieren. Das kommunistische Regime in Polen will sie lieber als ein Gegengewicht zu den orthodoxen, um Kardinal WYSZINSKI versammelten Katholiken behalten. Man rechnet allgemeint damit, daß bei den nächsten Parlamentswahlen PIASECKIs Anhänger wieder ein paar Sitze bekommen dürften, natürlich auf Kosten der Anhänger WYSZINSKIs.

Als engster politischer Mitarbeiter und Ratgeber PIASECKIs gilt ein gewisser Zygmunt PRZETAKIEWICZ. Er gehört zu den alten "Kämpfern" der Bewegung und

kennt PIASECKI noch aus der Falanga-Zeit. Manche können sich noch heute erinnern, daß damals PRZETAKIEWICZs größter Ehrgeiz darin bestand, so etwas wie ein "Hitler der Falanga" zu werden.

Vor wenigen Wochen wurde eben dieser Stellvertreter Hauptursache eines politischen Skandals. Im Kreise von Freunden und Bekannten, die sich aus einem festlichen Anlaß versammelt hatten, äußerte PRZETAKIEWICZ, daß es höchste Zeit wäre, diesem "rädigen Juden" ZAMBROWSKI einen Fußtritt zu geben und ihn aus seinen hohen Parteiämtern zu verjagen. Dieser Ausfall wurde bald allgemein bekannt und PIASECKI mußte seinen Freund von allen Funktionen suspendieren. Einflußreiche Parteileute verlangten seine gerichtliche Bestrafung.

Das offizielle GOMULKA-Polen ist nicht antisemitisch. Der Parteichef, dessen Frau jüdischer Abstammung ist, macht keinen Hehl daraus, daß ihn der Antisemitismus mancher Kommunisten anekelt. In der polnischen Presse wird man vergebens nach antisraelistischen Ausfällen suchen, die man so oft in Presseorganen anderer Ostblockländer findet. Bei dieser Einstellung GOMULKAS erwartet man allgemein, daß PRZETAKIEWICZ bestraft und seine politische Karriere unterbrochen würde. PIASECKI aber war nicht geneigt, auf ihn zu verzichten.

Auf eine Gerichtsverhandlung wurde verzichtet, PRZETAKIEWICZ bekam nur einen "Tadel" und kehrte in seine Ämter zurück. In Warschau hat dieser unerwartete Ausgang der Affäre überrascht. Man sieht darin einen erneuten Beweis für die Stärke der Position PIASECKIs und gleichzeitig eine Bestätigung dafür, daß das Politbüromitglied ZAMBROWSKI infolge seiner Krankheit viel von seinem politischen Einfluß eingebüßt hat.

3) Zu leicht entzündbar...

Ende April kam es in der Stadt Nowa Huta bei Krakau zu schweren Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und der Polizei. Grund dafür war, daß die Stadtverwaltung von einem Grundstück, das ursprünglich für einen Kirchenbau bestimmt war, ein hölzernes Kreuz entfernen ließ. Es kam damals zu Straßenschlachten, Plünderung der Behördenhäuser und anderen unliebsamen Vorfällen.

Die Regierung beschloß, keine Affäre daraus zu machen und die Sache einfach zu verschweigen. Nur die lokalen Presseorgane, und auch diese sehr verspätet,

berichteteten über diese Zwischenfälle. Ganz Polen konnte erst Mitte Mai aus einer Rede GOMULKAs über das Geschehene in Nowa Huta erfahren. Von einer Strafverfolgung der Demonstranten hatte man abgesehen.

Schon einen Monat später, am 30. Mai, wiederholte sich ein ähnlicher Vorgang in der westpolnischen Wojewodschaftshauptstadt Grünberg. In Nowa Huta handelt es sich um die Frage, ob und wo eine Kirche in der Stadt gebaut werden sollte. Die Entfernung des Kreuzes haben die Gläubigen als eine Herausforderung aufgefaßt. In Grünberg dagegen war der Versuch der Umwandlung eines katholischen Gemeindehauses in einen Kulturraum der Grund für schwere Unruhen und Zusammenstöße mit der Polizei. Auch in diesem Falle sah man von offizieller Seite davon ab, die Sache an die große Glocke zu hängen.

In beiden Fällen hatte man mit Willkür und Ungeschicklichkeit der lokalen Verwaltungsorgane zu tun. Wahrscheinlich hätte man die Sache durch ein Veto bei den vorgesetzten Behörden in Ruhe erledigen können. Aber das Gesetz des Handelns liegt offensichtlich in den Händen von einer Gruppe fanatischer Gläubiger, für die ein Wort genügt, um auf die Straße zu gehen und sich mit der Polizei herumzuprügeln. In polnischen Kreisen, die keineswegs katholikenfeindlich eingestellt sind, weist man mit Besorgnis auf die Gefahren hin, die aus einem solchen unbedachten Handeln und Verhalten einer großen Anzahl von Gläubigen resultieren können. Wenn sich die Entwicklung weiter in dieser Richtung bewegen sollte, würde es bald ausreichen, wenn man einem Dorfpfarrer eine Kuh für rückständige Steuern pfändet, um eine Revolte der Bauern hervorzurufen. Die Behörden, die sich bis jetzt sehr zurückhaltend gegenüber den zum Teil sehr aggressiven Demonstranten benommen haben, könnten eines Tages die Nerven verlieren oder von oben Anweisungen zum schärferen Eingreifen bekommen. Die oft in der westlichen Presse geäußerte Meinung, daß die Demonstranten kirchliche Angelegenheiten nur zum Vorwand genommen haben, um ihrer Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage in Polen Ausdruck zu geben, wird von den erwähnten polnischen Kreisen nicht geteilt. Wer gegen Lohnkürzungen und steigende Preise protestieren will, wird nicht auf eine Gelegenheit warten, die vielleicht ein halbes Jahr später, vielleicht überhaupt nie eintreffen, sondern seiner Unzufriedenheit gleich Luft machen. Aus Arbeitsbetrieben werden Mißfallensäußerungen und Kurzstreiks der Arbeiter gemeldet. Vorfälle wie in Nowa Huta und Grünberg sind dagegen hauptsächlich auf den Glaubensfanatismus zurückzuführen, der einen gefährlichen Zündstoff in Polen in sich birgt.

4) Die Kulisse eines Bündnisses

Von offizieller Seite betont man bei jeder Gelegenheit die führende Rolle der Vereinigten Arbeiterpartei, räumt aber den beiden anderen Parteien das Recht auf Partnerschaft ein. Im Falle der sog. "Demokratischen Partei" ist diese Partnerschaft völlig illusorisch. Ihr fehlt eine Bevölkerungsschicht, auf die sie sich stützen könnte. Auch die Bauernpartei kann nicht gerade von sich behaupten, daß sie die polnische Bauernschaft repräsentiert. Wer aber unter den Bauern politisch hervortritt, macht das lieber im Rahmen der Bauernpartei. Das Kräfteverhältnis zwischen den aktiven Parteigängern der Vereinigten Arbeiterpartei und der Bauernpartei auf dem Lande wird von Sachkennern geschätzt als 1:3.

Bei allen offiziellen Anlässen wird von einem unzertrennlichen Bündnis zwischen beiden Parteien gesprochen. Die Wirklichkeit sieht anders aus und wird ab und zu durch Indiskretionen der Presse illustriert. So konnte man aus der parteiamtlichen "Trybuna Ludu" vom 27. Mai erfahren, daß die Gegensätze in einem Dorf aus dem Kreise MIECHOW zu einer verblüffenden Entwicklung geführt haben:

"Antagonismen zwischen unserer Parteiorganisation und der Bauernpartei verursachten eine künstliche Teilung des Dorfes in zwei Lager... Im Dorf entstanden zwei landwirtschaftliche Zirkel. Zwar wurde der zweite Zirkel von den Kreisbehörden nicht registriert, aber die ungesunde Atmosphäre im Dorf wurde dadurch nicht verbessert."

Aus dem Artikel erfährt man, daß es im Dorfe sechs organisierte Kommunisten und zwölf Bauernparteilerner gibt. Die Differenzen zwischen ihnen waren so groß, daß sie zwei miteinander konkurrierende Zirkel gründen wollten. Zwar soll der Vorfall schon mehrere Monate zurückliegen und inzwischen alles im besten Einvernehmen geregelt worden sein, was erst den Artikel in "Trybuna Ludu" ermöglichte. Aber man soll sich nicht täuschen. Dem Frieden ist nicht zu trauen... In Polen stützt sich die Bauernpartei auf große Traditionen, die bis ins XIX. Jahrhundert zurückreichen. Zwar mußten sich die Führer der Bauernpartei den Kommunisten beugen oder, wie MIKOLAJCZYK, das Land verlassen. Die mittlere Schicht der Parteifunktionäre hat sich auch nach außen hin der aufgezwungenen Parteilinie untergeordnet, aber unter der Oberfläche kämpfen die Leidenschaften. Jeder echte Bauernpolitiker in Polen (es gab schon vor dem Krieg in der Bauernpartei eingeschleuste Agenten) haßt die

Kommunisten und läßt sich manchmal diesen Haß auch anmerken.

Die Lage der Kommunisten auf dem Lande wird durch drei politische Faktoren gekennzeichnet:

- + Kampf gegen den passiven Widerstand und Unwillen der Bauern,
- + Kampf gegen den dominierenden Einfluß der Kirche,
- + getarnte Rivalität mit der Bauernpartei.

Die Schwierigkeiten, die von dieser letzten Seite kommen, sind nicht zu unterschätzen.

5) Wissenschaft im Dienste des Staates

"Unsere Partei ist die führende Kraft des Volkes. Sie bestimmt die Entwicklungslinien auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens."

So hieß es in einer Begrüßungsansprache GOMULKA während eines Treffens zwischen Mitgliedern von Regierung und Parteiführung mit dem Vorstand der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Das Treffen fand am 27. Mai statt. Partei und Regierung schätzen den Anteil der polnischen Wissenschaftler an der Entwicklung der Wirtschaft hoch ein, meinte der Parteichef. Jedoch entspreche das auf diesem Gebiet Erreichte und in vielen Fällen auch die Richtung der wissenschaftlichen Forschung nicht voll den augenblicklichen Erfordernissen des Aufbaus.

Die Grenze der Freiheit der wissenschaftlichen Forschungsarbeit wurden von GOMULKA klar festgelegt:

"Die Führung der Partei auf dem wissenschaftlichen Gebiet verstehen wir so, daß wir gemeinsam mit den Gelehrten die Probleme aufstellen werden, auf die sich dann die Wissenschaft konzentrieren soll. Das Programm unserer Partei, die von ihr ausgearbeiteten Entwicklungsrichtungen, sollen auch die Arbeitsrichtung der polnischen Wissenschaftler bestimmen, so wie sie die Richtung der Tätigkeit der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes bestimmen."

"Innerhalb dieses Rahmens wird unsere Partei die Freiheit der Forschungsarbeit eines Wissenschaftlers, die Achtung vor seiner Zuständigkeit, sein Recht auf die Auswahl der besten Methoden für die Lösung der aufgelagten Aufgabe, die Freiheit der wissenschaftlichen Diskussion anerkennen."

Nach den Worten des I. Sekretärs des ZK ist also die Partei bereit, den Wissenschaftlern einen gewissen Spielraum zu überlassen, solange diese auf dem ihnen zur Bearbeitung zugewiesenen Gebiet bleiben. Das ist schon viel und sollte es konsequent durchgeführt werden, würde es bedeuten, daß man einem Wissenschaftler, der ein agrarbiologisches Problem zu lösen hat, keine von der Partei anerkannte Erbschaftstheorie aufzwingen wird. Aber diese Autonomie der wissenschaftlichen Arbeit in eng bemessenem Rahmen gilt nicht für die humanistischen und sozialen Wissenschaften;

"Die theoretischen Errungenschaften der internationalen Arbeiterbewegung, darunter auch unserer Partei... sind für die Entwicklung einer Reihe der Grundgebiete der sozialen Wissenschaften, der Philosophie, Soziologie, politischen Ökonomie und Rechtswissenschaft ausschlaggebend...

Unsere Partei will dem Marxismus-Leninismus einen vollen Sieg auf dem Gebiet der sozialen Wissenschaften sichern. Wir haben den Dogmatismus und die Vulgarisierung des Marxismus überwunden und einer Kritik unterzogen. Nun sind alle Voraussetzungen da, damit es keine grundsätzlichen Gegensätze zwischen der Haltung der Partei und den Ergebnissen der Forscher auf dem Gebiet der sozialen Wissenschaften... - gebe."

Bis vor kurzem waren solche Gegensätze noch vorhanden und hatten sogar scharfe Formen angenommen, meinte der Parteichef. Der Grund dafür lag darin, daß man unter dem Schild des "Antidogmatismus" bürgerliche und revisionistische Theorien auf dem Gebiete der sozialen Wissenschaften aktivierte.

Diese Feststellung ist schwerwiegend. Sie bedeutet eine Knobelung aller humanistischen und sozialen Wissenschaften, die sich in der kurzen Freiheitsperiode nach dem XX. Parteitag so schnell zu entwickeln begannen. Man möchte in diesem Zusammenhang an den Soziologen, Prof. CHŁASINSKI, und den jungen Historiker der Philosophie, Leszk KOLAKOWSKI, erinnern, die schon seit längerer Zeit ihrer Stellung enthoben sind und deren Arbeiten nicht mehr publiziert werden dürfen.

Die "Säuberungsaktion" auf dem Gebiet der sozialen Wissenschaften, die nach eigener Angabe GOMULKA's im Jahre 1959 und Anfang 1960 durchgeführt wurde und nun "positive ideologische Veränderungen" bewirkt, kann als abgeschlossen gelten.

II. WIRTSCHAFT

1) Arbeitsbeschaffung für Millionen

In den nächsten zehn Jahren wird die mit großen Schwierigkeiten kämpfende Wirtschaft Polens vor neuen Problemen stehen, die nicht leicht zu lösen sein werden. Die geburtenstarken Nachkriegsjahrgänge werden nach und nach das Alter erreichen, in dem man in den Produktionsgang eingeschaltet wird. Es heißt schon heute daran zu denken, für diese Jugend Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen.

Einen wesentlichen Teil seiner Ansprache anlässlich des 1. Mai widmete der Parteichef GOMULKA diesem schwierigen Problem. Die Zahlen, die er aufführte, veranschaulichen das Ausmaß der Aufgaben, die bei der Beschaffung neuer Arbeitsplätze zu bewältigen sind. Die Bevölkerungszahl im arbeitsfähigen Alter vergrößert sich (bzw. soll sich vergrößern) um folgende Quoten:

1956 - 60 um	380 000
1961 - 65 um	950 000
1966 - 70 um	1.550 000

In den nächsten fünf Jahren wird man also 2,5 mal so viel neue Arbeitsplätze schaffen müssen, als in den vergangenen fünf Jahren. Sie müssen außerhalb der Landwirtschaft geschaffen werden, d.h. in der Industrie, im Bauwesen, im Handel und im Transportwesen. Die Kosten der Schaffung eines neuen Arbeitsplatzes beziffert GOMULKA mit 200.000 Zloty im Durchschnitt. Man rechnet damit, daß in den kommenden fünf Jahren 900.000 neue Arbeitsplätze errichtet werden müssen. Im Jahresdurchschnitt macht das 180.000 Arbeitsplätze aus. Die Kosten ihrer Beschaffung würden 36 Milliarden Zloty betragen (zum Vergleich: Die Gesamthöhe der Investitionen betrug im Jahre 1959 - 83 Milliarden Zloty, die Höhe des Nationaleinkommens - ca 345 Milliarden).

Die schnelle Bevölkerungszunahme und das Heranwachsen der zahlenmäßig starken Nachkriegsjahrgänge stellt Polen außer der Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung auch andere Probleme. Die Zahl der gebauten bzw. zu bauenden Schulräume betrug (bzw. soll betragen):

1950 - 55	8.300
1956 - 60	20.000
1961 - 65	30.000

Man muß immer mehr neue Wohnräume bauen. Die entsprechenden Zahlen betragen

1950	• 55	1.020.000
1956	- 60	1.770.000
1961	- 65	2.750.000

Obwohl die Zahl der gebauten Wohnräume den maximalen technischen Möglichkeiten der polnischen Bauindustrie und des Bauwesens entsprechen, liegen sie noch weit unter den Erfordernissen.

Die Verantwortung für das materielle Wohl der kommenden Generationen erfordert eine Erhöhung der Investitionen und verlangsamt die Besserung des Lebensstandards der jetzt lebenden und arbeitenden Generation. GOMULKA stellte fest, daß der erhöhte Wirtschaftsplan für das laufende Jahr bei der nur unwesentlich gesteigerten Höhe der Gesamtlöhne erfüllt worden muß. Immer mehr verbreitet sich in Polen die Überzeugung, daß für ein armes Land eine übermäßige Bevölkerungszunahme nur noch größere Armut bedeuten muß. Die Rechnung, die man für die geburtenfreudige Nachkriegszeit jetzt präsentiert bekommt, wirkt allgemein ernüchternd.

2) Westgebiete

Ganz Polen feierte im Mai den 15. Jahrestag der Übernahme der Westgebiete. Den Höhepunkt der Feierlichkeiten bildete ein Festakt in Breslau, der am 7. Mai stattfand. In Anwesenheit von Vertretern der Parteispitze und der Regierung hielt Parteichef GOMULKA eine längere Ansprache an die Bevölkerung der niederschlesischen Hauptstadt. Bei dieser Gelegenheit konnte man feststellen, daß die letzten drei Jahre der Beliebtheit GOMULKAs unter der Bevölkerung der Westgebiete keinen so großen Abbruch getan haben, wie das in Zentralpolen und besonders in Warschau der Fall ist. Im Westen Polens hält man GOMULKA zugute, daß er sich immer für die Interessen der dort lebenden Menschen stärker einsetzte als die Stalinisten. Der Empfang des Parteichefs in Breslau war dementsprechend.

Anläßlich der "Woche der Westgebiete" brachte die Presse Polens erneut eine Anzahl Angaben über die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung dieser Provinzen. Hier einige dieser Angaben:

Bevölkerung

Die jetzige Zahl der Bevölkerung wird auf über 7,6 Mill. beziffert. Der Anteil der jüngeren Menschen ist in den Westgebieten größer als in Zentralpolen. Dementsprechend groß ist auch die Bevölkerungszunahme. Während der Anteil der Bevölkerung in den Westgebieten 25 % der Gesamtbevölkerung

Polens beträgt, entfallen auf diese Gebiete 40 % des gesamten Geburtenüberschusses, 2,7 Mill. Kinder sind innerhalb der letzten 15 Jahre im Oder-Neißeund im Ostseegebiet geboren worden. Die Zahl der Jugendlichen, die hier insSchulalter treten, wird auf 600.000 geschätzt. Man kann also von 3,3 Mill. Neubürgern sprechen, für die diese Gebiete die eigentliche Heimat sind. Wenn man dazu noch ca. 900.000 sogenannte Autochtonen rechnet, stellt sich heraus, daß die Mehrzahl der Menschen, die in den Westgebiet leben, keine andere Heimat besitzt.

Investitionen

150 Milliarden Zloty gab man in den letzten 15 Jahren für den Wiederaufbau und die Bewirtschaftung dieser Gebiete aus. In den kommenden fünf Jahren will man hier 101 Milliarden investieren, davon nicht weniger als 45 % für den Ausbau der Industrie. Die industriellen Investitionen umfaßten in den vergangenen 15 Jahren fast die Hälfte der gesamtpolitischen Quote.

Industrie:

Es gibt hier jetzt 127 industrielle Großbetriebe, die mehr als 1.000 Beschäftigte haben, also dreimal mehr als in der Vorkriegszeit. Die industrielle Produktion der Westgebiete beträgt 30 % der gesamtpolnischen Produktion. Schon im Jahre 1957 soll der Wert der industriellen Produktion um 50 % höher liegen als in der Vorkriegszeit. Die Entwicklung der industriellen Produktion veranschaulicht folgende Tabelle:

	Maßeinheit	1936	1946	1958
Elektrische Energie	Mill. KWH	2923	1614	7498
Braunkohle	Taus. to	2358	1442	6517
Koks	" "	3022	1595	5620
Roheisen	" "	274	144	609
Rohstahl	" "	450	135	1201
Werkzeugmaschinen	t.	1320	461	9615
Radioempfänger	Taus. St.	-	6,5	495,6
Schwefelsäure	Taus. t	78	18,3	295,4

Die Tabelle berücksichtigt die Tatsache nicht, daß in den letzten Vorkriegsjahren und vor allem während des Krieges das industrielle Potential dieser Gebiete mächtig ausgebaut wurde. Das Jahr 1936 ist als Vergleichsbasis also nicht maßgebend. Andererseits wieder war das Ausmaß der Kriegszerstörungen und der sowjetischen Demontagen dermaßen verheerend, daß die industriellen

Produktionskapazitäten im Jahre 1945 wahrscheinlich noch niedriger lagen als im Jahre 1946.

Nicht alle Industrien, die es früher hier gab, sind bis jetzt aufgebaut worden. Das betrifft besonders die Werke der Leicht-, Nahrungsmittel-, Papier-, und Bekleidungsindustrie. Der Wiederaufbau umfaßt hauptsächlich größere Objekte.

Von den 145 großen Industrieobjekten, die man während der nächsten fünf Jahre in ganz Polen in Betrieben zu nehmen plant, sollen in den Westgebieten 54 entstehen, und das werden die größten Objekte des Fünfjahresplanes sein.

Landwirtschaft

"Trotz großer Mittel, die wir für den Wiederaufbau der Landwirtschaft verwandten, ist es uns nicht gelungen, bis jetzt das landwirtschaftliche Produktionsniveau aus der Vorkriegszeit zu erreichen." Die Zahl der Kühe beträgt 76 %, die der Schweine 62 % der Vorkriegszahl.

Beschäftigung

Die Zahl der in der Industrie Beschäftigten betrug im Jahre 1937 860.000. Im Jahre 1958 beschäftigte die Industrie der Westgebiete 900.000, jetzt schon fast eine Million. In den nächsten fünf Jahren will man in der Industrie 290.000 neue Arbeitsplätze schaffen.

Wohnungsbau

269.000 Wohnräume wurden im Jahrfünft 1956/60 erbaut. In den nächsten fünf Jahren (1961/65) plant man den Bau von 437.000 Wohnräumen. Diese Zahlen entsprechen nicht im geringsten den Erfordernissen und liegen unter dem Durchschnittsniveau des ganzen Landes.

Hochschulwesen

In der Vorkriegszeit betrug die Zahl der Studenten an den Hochschulen Breslaus und Danzigs etwa 7.000. Inzwischen sind neue Hochschulzentren entstanden (Stettin, Gleiwitz) und die Gesamtzahl der Studierenden auf den Hochschulen dieser Gebiete betrug im Schuljahr 1958/59 46.300. Das sind 34 % der polnischen Gesamtzahl.

Breslau: Die Zahl der Stadteinwohner beträgt jetzt 435.000. Breslau ist die Stadt mit dem größten Geburtenüberschuß ganz Polens (18 Promille). Die hier

nach dem Kriege geborenen Kinder umfassen ein Drittel der Gesamtbevölkerung. In den letzten drei Jahren schritt der Wiederaufbau der Stadt rasch fort. Die Zahl der fertiggestellten Wohnräume:

1957 - 2.500; 1958 - 4.000; 1959 - 5.500.

Jährlich werden 8 bis 10 neue Schulen in Betrieb genommen (bisher gab es in allen Schulen Schichtunterricht). Das Niveau der industriellen Produktion soll wesentlich höher sein als vor dem Kriege. Breslau ist ein großes Hochschulzentrum mit Universität und Technischer Hochschule. Die Zahl der Hochschulstudenten beträgt 13.000. Die aus Lemberg überführten großen Buch- und Kunstsammlungen (verbunden mit einem Verlagshaus) machen aus Breslau eines der wichtigsten Kulturzentren Polens. In der Stadt gibt es sieben Theater, eine Philharmonie, ein Filmstudio und drei Verlagshäuser.

Stettin: Die Stadt zählt jetzt 280.000 Einwohner, also etwas mehr als vor dem Kriege. Die Einwohner Stettins haben das niedrigste Durchschnittsalter von ganz Polen. Im Hafen von Stettin werden jährlich 7,3 Mill. to umgeschlagen, das sind 40,4 % der Umschlagwerte aller polnischen Häfen (18 Millionen). Der Hauptteil des tschechoslowakischen Seetransits geht über Stettin (1,65 Mill. t), während auf Danzig und Gdingen nur 0,85 Mill. to entfallen. Die CSR schränkt immer mehr ihren Transit über Hamburg zugunsten Stettins ein und ist bereit, aus dieser Stadt ihr Haupttor zum Meer zu machen, sobald der Stettiner Hafen die dazu notwendigen technischen Voraussetzungen besitzt. Man gibt heute offen zu, daß in der stalinistischen Zeit der Ausbau des Stettiner Hafens vernachlässigt wurde, weil man die meisten der verfügbaren Mittel für Gdingen und Danzig verwandte. In den letzten drei Jahren hat man vieles getan, um das zu ändern. Völlig unzureichend ist die Ausnützung der Oder als Verbindungsweg Stettins mit seinem schlesischen Hinterland. Man rechnet damit, daß 10 bis 15 Mill. to Güter auf dem Wasserweg über die Oder transportiert werden könnten. In Wirklichkeit umfaßt aber der Oder-Transport nur 1,3 Mill. to.

(Laut "Nowe Drogi" Mai 1960, "Trybuna Ludu" vom 4., 5., 7., 8. und 16. Mai und "Zycie Warszawy" vom 8. Mai).

3) Die Seeschifffahrt Polens

Erst nach dem letzten Krieg bekam die Seeschifffahrt Polens einen mächtigen Aufschwung. Der einzige Vorkriegshafen Polens, Gdingen, besaß keine Werft für den Bau von Hochseeschiffen (den Bau einer solchen Werft verhinderte der Krieg). Heute gibt es in Polen fünf Werften, in denen in den letzten Jahren Schiffe von 187.000 DWT Tonnage gebaut wurden. Insgesamt baute man nach dem Kriege auf den polnischen Werften Hochseeschiffe von fast einer Million DWT. Dieser Zweig der Volkswirtschaft wird intensiv ausgebaut, wovon folgende Investitionszahlen zeugen:

1950	-	55	2	Milliarden Zloty
1956	-	60	6,4	"
1961	-	65	12	" (geplant)

Die polnische Handelsflotte, die vor dem Kriege nur 100.000 DWT umfasste, hat sich nach dem Kriege folgendermaßen entwickelt:

1946	26	Schiffe von	114.000 DWT
1955	77	" "	331.000 "
1960	131	" "	722.000 "
1965 (geplant)	206	" "	1.250.000 "

Der Ausbau der Handelsflotte war während der stalinistischen Zeit nicht forciert worden, anscheinend auf Anordnung der Sowjets hin. Erst der Machtantritt GOMULKAs schuf günstige Voraussetzungen dafür. Die polnische Handelsflotte war im Jahre 1958 mit 16,6 % am Transport der Gütermasse, die in polnischen Häfen umgeschlagen wurde, beteiligt. Im Jahre 1959 erhöhte sich dieser Anteil auf 22,2 % und soll 1960 27 % erreichen. Am Ende des künftigen Fünfjahrplanes im Jahre 1965 wird der Anteil der polnischen Handelsflotte schon auf 45 % angewachsen.

Die Kader der polnischen Seewirtschaft sind noch sehr jung. 51 % aller Schiffsbauingenieure haben das 30. Lebensjahr noch nicht erreicht.

4) Tag des Hüttenwerkers

Mitte Mai wird in Polen der "Tag des Hüttenwerkers" gefeiert. An den diesjährigen Feierlichkeiten nahm Parteichef GOMULKA teil. Er hielt eine Ansprache im größten polnischen Stahl- und Hüttenwerk, in Nowa Huta bei Krakau, und nutzte die Gelegenheit, um nebenbei auch auf die drei Wochen vorher stattgefundenen Zwischenfälle und Straßenkämpfe zurückzukommen.

Der Ausbau der Eisenhüttenindustrie verschlingt einen großen Teil aller Industrie-Investitionen in Polen. Während des Sechsjahrplanes (1950-1955) gab man für diese Zwecke 30 Milliarden Zloty aus. Während der letzten fünf Jahre (1956 - 1960) betrug die Quote der betreffenden Investitionen 24 Milliarden Zloty. In den nächsten fünf Jahren (1961-1965) will man für den weiteren Ausbau der Hüttenindustrie 38,5 Milliarden ausgeben.

Die Entwicklung der Eisenhüttenindustrie veranschaulichen die Zahlen der Rohstahlproduktion:

1938	1.440.000 to	40 kg pro Kopf der Bevölkerung
1949	2.300.000 to	
1960	6.500.000 to	220 kg " " " "
1965 (Plan)	9.200.000 to	285 kg " " " "

Neben der Eisenhüttenindustrie ist noch die Zinkproduktion von Bedeutung. Sie beträgt jetzt ca. 170.000 to jährlich und soll in den nächsten fünf Jahren auf 230.000 to steigen. Die Produktion von Aluminium und Kupfer ist erst im Aufbau. Laut Plan sollen 1965 75.000 to Aluminium und 28.000 to Kupfer hergestellt werden.

KULTURELLE UND SOZIALE PROBLEME

1) Polnische Presse in Zahlen

Die Gesamtauflage der polnischen Presseerzeugnisse (Tageszeitungen, Wochenblätter und Periodika) beträgt gegenwärtig 21.200.000 Exemplare, 2 Millionen mehr als vor zwei Jahren.

Durchschnittlich kommen auf einen Einwohner in Polen jährlich 66,5 Exemplare. (Auf dem Lande 37 Exemplare, in der Stadt 107 Exemplare.)

Polen exportiert zurzeit in 94 Länder 781 Pressetitel mit einer jeweiligen Gesamtauflage von 424.000 Exemplaren, während es im vorigen Jahr 349.000 Exemplare waren. Die Exportquote der polnischen Presse ist um über 20 % gewachsen, darunter in die SU um 7,6 %, in die volksdemokratischen Länder um 11,2 % und in die westlichen Länder um 92,5 %.

Kürzlich wurden Abmachungen über den Presseex- und Import mit Frankreich, der CSR, der Bundesrepublik und Österreich getroffen.

Polen führt 11.435 ausländische Presseerzeugnisse aus 65 Ländern mit einer jeweiligen Gesamtauflage von 492.500 Exemplaren ein. Von der Sowjetunion werden 270.000 Exemplare bezogen, aus westlichen Ländern 151.000 und aus den Ländern der Volksdemokratie 71.000.

2) Technisches Hochschulstudium in einem Produktionsbetrieb

Ein interessantes Experiment findet in dem oberschlesischen Städtchen Kandrzin bei Cosel statt. Hier befinden sich die größten Stickstoffwerke Polens. Vor einem Jahr errichtete man für die in diesen Werken Beschäftigten ein Abendstudium mit dem Programm der technischen Hochschule. Man wollte damit einer Anzahl Interessenten ermöglichen, ein Ingenieurdiplom zu erlangen, ohne die normale Berufsarbeit aufzugeben.

Das Studium soll - wie an den anderen technischen ^Hochschulen Polens - vier Jahre dauern. Errichtet wurden zwei Fakultäten: Die für Chemie und die für Mechanik. Voraussetzung für die Zulassung zum Studium sind Abitur und eine Berufspraxis von mindestens zwei Jahren.

Als man das Studium vor einem Jahr eröffnete, meldeten sich 100 Personen für die Fakultät Chemie und 160 für Mechanik. Durch die strenge Zulassungsprüfung gingen aber nur 28, bzw. 38 erfolgreich durch. Am 1. Oktober wurde das Studium begonnen. Im Mai 1960 fanden die ersten Semesterexamen statt.

Die Studierenden arbeiten in der Fabrik in der ersten Schicht. Nach der Arbeit beginnen für sie die Vorlesungen und praktischen Übungen, die täglich 4 bis 6 Stunden in Anspruch nehmen. So geht es vier Tage einer jeden Woche. An den übrigen drei Tagen können die Studenten dann Selbststudium betreiben.

Für die Vorlesungen engagierte man Professoren und Dozenten des Oberschlesischen Polytechnikums in Gleiwitz. Diese Stadt liegt 40 Minuten Bahnfahrt entfernt. Ein Teil der praktischen Übungen wird von wissenschaftlichen Mitarbeitern der Werke durchgeführt.

Das Studium, mit der normalen beruflichen Arbeit verbunden, erfordert eine unerhörte Selbstdisziplin von den Studenten, die binnen 4 Jahren praktisch auf jede Freizeit verzichten müssen. Die Ergebnisse des ersten Studienjahres sind durchaus zufriedenstellend. Alle Studenten, bis auf fünf, haben ihre Examen zum ersten vorgeschriebenen Termin bestanden.

Der von der falschen Lohnpolitik der stalinistischen Ära erstickte Drang zu höheren beruflichen Qualifikationen scheint wenigstens hier wieder erwacht zu sein.

3) Unverständliche Nachsicht

Der von den Zentralbehörden oft proklamierte verschärfte Kurs gegen die Wirtschaftsdelikte wie Diebstahl von Gemeineigentum, Veruntreuung öffentlicher Gelder usw. bleibt weitgehendst unwirksam. Auch wenn jemand eines Wirtschaftsvergehens überführt worden ist, beeilen sich die Vorgesetzten nicht immer, um die vom Gesetz vorgeschriebenen Konsequenzen zu ziehen.

Eine Kontrolle, die von den Organen der Obersten Kontrollkammer in 920 Betrieben kürzlich durchgeführt wurde, brachte merkwürdige Tatsachen zutage. Kontrolliert wurden Betriebe, in denen schon vor einiger Zeit eine durchgeführte Kontrolle Grund zu Beanstandungen gab. Die zweite Kontrolle sollte erweisen, wie weit sich die Betriebsleitungen an die Richtlinien der Kontrollorgane gehalten haben und ob man den Schuldigen gegenüber dienstliche Konsequenzen gezogen hat.

Die kontrollierenden Beamten waren nicht wenig erstaunt, als sie in vielen Fällen Leute auf dem alten Platz gefunden haben, die entlassen oder zumindest degradiert werden sollten. Die Direktionen haben sich aber in vielen Fällen von einer falsch verstandenen "Sorge um den Menschen" leiten lassen und

wollten die Karriere eines ihnen Untergebenen nicht ruinieren. Entweder liessen sie ihn unbekümmert auf dem alten Arbeitsplatz oder versetzten ihn auf einen anderen, gleichrangigen Posten. Wenn sie sich schon dazu entschlossen haben, den Schuldigen zu entlassen, so bekam er das beste Arbeitszeugnis mit der Bemerkung ausgestellt, daß er "auf eigenen Wunsch" hin entlassen wurde.

So viel Entgegenkommen bringen die Betriebsdirektoren allerdings nur Menschen gegenüber auf, die zu einer gemeinsamen Interessenschicht gehören. Die "Sorge um den Menschen" spielt keine Rolle, wenn es sich um die Vernichtung der Existenz eines unbequemen Kritikers und "Enthüllers" handelt. Die immer noch ungebrochene Cliquenwirtschaft macht eine Sanierung der Wirtschaft sehr schwer.

B. Polen und das Ausland

1) Neue internationale Spannung kommt Polen sehr ungelegen

Nicht sonderlich durch den Flugzeugzwischenfalls beunruhigt und sehr hoffnungsvoll erwartete man in Polen den Beginn der Gipfelkonferenz in Paris. Wie für die ganze Welt, so kam auch für Polen das Pariser Fiasko völlig überraschend.

Es gibt im Ostblock Staaten wie China oder die "DDR", die aus verschiedenen Gründen eine allgemeine Entspannung und friedliche Koexistenz fürchten müssen. Unter allen Ostblockstaaten ist Polen aber am meisten daran interessiert, daß es zu keinem neuen kalten Krieg kommt.

Die Sonderprivilegien und Sonderfreiheiten, die Polen im Ostblock noch immer genießt, sind immer schwerer zu halten. Unter dem Druck mancher Satelliten (wie CSR und "DDR") und der Sowjets, mußte Polen einen wesentlichen Teil seiner Oktoberfreiheiten abbauen. Dieser Druck würde im Falle eines neuen kalten Krieges noch stärker sein und würde eine neue Einengung der in Polen noch bestehenden Freiheiten verursachen. Das erklärt auch, warum man in Warschau über die Verschärfung der Lage nach Paris so beunruhigt ist.

Diese Unruhe ist auf allen Ebenen zu beobachten. Der einfache Bürger erinnert sich an den Krieg in Korea und fürchtet sich vor einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und einem scharfen politischen Kurs. Die Intellektuellen fürchten eine beschleunigte weitere Abkehr vom Oktober und die Parteispitze schaut besorgt nach Moskau, um herauszufinden, ob die Position CHRUSCHTSCHOWS nicht gefährdet ist.

Die ganze Politik GOMULKAS war auf die Linie abgestimmt, die von CHRUSCHTSCHOW (mit gewissen Schwankungen) seit über vier Jahren verfolgt wurde. Diese Linie wurde in Warschau von GOMULKA und seinen Anhängern so verstanden, daß sich bei einer Entspannung und friedlicher Koexistenz auf außenpolitischem Gebiet die Anstrengungen innerhalb des Ostblocks auf zwei Probleme konzentrieren könnten. Hebung des materiellen Lebensstandards und langsamer Ausbau der politischen und kulturellen Freiheiten. Nach zuverlässigen Informationen aus Warschau soll CHRUSCHTSCHOW gegenüber GOMULKA mehrmals geäußert haben, daß es ihm mit diesem Problem ernst sei und er wünsche nur, daß seine Verwirklichung in allen Ostblockländern nach Möglichkeit synchron verläuft.

In gutem Glauben, gemischt mit etwas Naivität, die GOMULKA im Umgang mit den Sowjets eigen sein soll, nahm der polnische Parteichef die sowjetischen Ver-

sicherungen ab. Er setzte in Person und Politik CHRUSCHTSCHOWs alle seine Hoffnungen und wurde zum Lohn dafür als persönlicher Freund bezeichnet. Die enge persönliche Freundschaft, die angeblich seit dem Oktober 1956 die beide Politiker verbinden soll, wurde seitens Polens schon mehrmals als hohes Politikum herausgestellt. In der neuen Lage verbirgt sie aber gewisse Gefahren für Polen und noch mehr für GOMULKA selbst.

Den rauhen Ton, der seit Paris im Verkehr mit den westlichen Politikern von den Sowjets angeschlagen wurde, empfindet man in Warschau mit höchstem Unbehagen. Seit dem Oktober 1956 haben sich die Beziehungen Polens zu den großen drei Westmächten verbessert. Aus der Sympathie, die man seit dem Oktoberumschwung Polen überall im Westen entgegenbrachte, konnte Polen nicht nur selbst profitieren, sondern auch im Namen des Ostblocks viele diplomatische Missionen übernehmen, für die die Sowjets selbst nicht firmieren wollten. Der direkte Umgang polnischer Diplomaten und Politiker mit dem Westen löste Polen endlich aus der Isolierung, in der sich noch heute alle anderen Satellitenländer befinden. Es gelang Polen in den letzten dreieinhalb Jahren, seine kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Westen auszubauen. Als einziges Land des Ostblocks bekommt Polen z.B. Kredite von Amerika.

In der Annahme, daß die kommenden Jahre eine weitere Entspannung und Verwirklichung der Koexistenzpolitik bringen würden, bemühte sich Polen nach allen Kräften um einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Jetzt möchte man wahrscheinlich lieber auf diesen so schwer erkämpften Sitz verzichten, weil er Polen in die erste Front des kalten Krieges vorschiebt. Am 25. Mai mußte Polens Vertreter bei der UNO, der Botschafter MICHALOWSKI, die undankbare Pflicht auf sich nehmen, die sowjetische Klage zu unterstützen.

Bis jetzt verhält sich das offizielle Warschau im Ton sehr zurückhaltend. Der Ton der polnischen Presse und der polnischen Auslandsvertreter unterscheiden sich noch gründlich von dem sowjetrussischen und dem Pankower Echo. Bis jetzt nahm man von jeglicher persönlicher Attacke nicht nur gegen EISENHOWER, sondern auch gegen NIXON und HERTER Abstand. Um das vorgeschriebene Soll am Schimpfen doch zu erfüllen, unternimmt man polnischerseits gelegentlich Attacken auf den "Bonner Staat". Eine neue Gelegenheit dazu lieferten die Mitte Mai begangenen Feierlichkeiten in Breslau.